



junge, dynamische Reformer, die unter der Führung des neuen Ministerpräsidenten Messmer mit der Lösung alter Probleme begonnen hätten (BRu 1985, Nr.48, S.14), über den Entwurf eines "eigenen Modells des Sozialismus" (XNA, 10.7.85), über die schnelle Zunahme von Mitgliedern bei der Polnisch-Chinesischen Freundschaftsvereinigung (XNA, 5.7.85), über positive Aspekte des neuen Programmentwurfs der PVA (BRu 1986, Nr.9, S.10f.), über schnellwachsende Stabilität (BRu 1986, Nr.3, S.3ff.) und über die positiven Auswirkungen der im Oktober 1985 eingerichteten Luftverbindung zwischen Polen und China (XNA, 11.10.85).

Das von Jaruzelski repräsentierte "polnische Modell" zeigt aus chinesischer Sicht folgende vier Grundzüge:

- Eine dreifache Eigentumsstruktur, die aus staatlicher Industrie, einem größtenteils privaten Landwirtschaftssektor und verschiedenen Formen von Kooperativen besteht;

- eine Drei-Parteien-Koalition, die sich aus der Vereinten Arbeiterpartei, der Vereinten Bauernpartei und der Demokratischen Partei zusammensetzt;

- eine Politik der langfristigen Koexistenz mit der Römisch-Katholischen Kirche mit dem Ziel, zwar nicht ideologische Auseinandersetzungen, wohl aber den politischen Kampf zu vermeiden;

- Arbeiterselbstverwaltung und Unabhängigkeit der Gewerkschaft in den Industriebetrieben (XNA, 10.7.85) - über den letzteren Punkt besteht allerdings - man denke an Solidarnosz - durchaus geteilte Meinung!

Dieses Modell ist nach chinesischer Auffassung Ausdruck eines "Unabhängigkeits"-Denkens, für das Beijing seinem Gast Dank zu schulden glaubt. -we-

\*(2)

#### **Annäherung an die Staaten Osteuropas**

Bereits i.J. 1983 hat, wie an anderer Stelle ausführlich beschrieben (C.a., Juni 1983, S.362-369), eine diplomatische Offensive Chinas in alle acht Ostblockstaaten begonnen, nachdem vorher praktisch 15 Jahre lang Funkstille geherrscht hatte, wenn man einmal von gelegentlichen Gratulationsritualen oder aber gegenseitigen propagandistischen Angriffen absah.

Gegenüber Jugoslawien und Rumänien bedurfte es hierbei keiner be-

sonderen Anstöße - das Verhältnis zu ihnen hatte sich im Falle Rumänien nie verschlechtert, im Falle Jugoslawien war seit dem Besuch Titos i.J. 1977 eine erstaunliche Besserung eingetreten, nachdem es vorher zu schweren atmosphärischen Trübungen gekommen war.

Albanien andererseits, das während der Kulturrevolution eine Zeitlang als Freund Nr.1 der Volksrepublik behandelt worden war, hatte sich nach dem Ende der Kulturrevolution von China enttäuscht abgewandt - auch heute noch gibt es hier Probleme (Einzelheiten dazu C.a., Februar 1977, S.30-42; C.a., August 1977, S.480-484; C.a., Juni 1983, S.365f.).

Verblieben nach alledem fünf Länder, nämlich die DDR, Polen, Ungarn, die CSSR und Bulgarien, zu denen es Zugang zu finden galt.

Die chinesische Osteuropapolitik stand lange Zeit vor einem Dilemma: Einerseits waren die osteuropäischen Länder, die so eng mit der Sowjetunion verbunden sind, im Zeichen des Antihegemonismus nicht akzeptabel, auf der anderen Seite jedoch pochte China seit den Reformen immer mehr auf die "Unabhängigkeit" der Außenpolitik. Chinas wichtigste Forderung gegenüber den einzelnen kommunistischen Parteien bestand z.B. darin, daß sie "unabhängig" agieren und kein "Zentrum" innerhalb der kommunistischen Bewegung mehr anerkennen. Da man in Beijing freilich sehr wohl weiß, daß die Ostblock-KPs von einer solchen Unabhängigkeit gegenüber der KPdSU einstweilen noch weit entfernt sind, hat man sich inzwischen offensichtlich dazu entschlossen, zuerst beim unproblematischeren Wirtschaftsaustausch zu beginnen, über die Verbesserung des Austausches zwischen "Parlamentariern" und Massenorganisationen fortzufahren, ein erträgliches Verhältnis auf zwischenstaatlichem Gebiet zu erreichen und erst - sozusagen als letzten Schritt - auch die Wiederaufnahme der Parteibeziehungen ins Auge zu fassen.

Dieser Kurs einer sukzessiven Annäherung hat inzwischen durch eine Reihe von Entwicklungen konkrete Formen angenommen. Mit der DDR, Polen, Ungarn, der CSSR und Bulgarien sind beispielsweise, zum ersten Mal, langfristige Fünfjahresabkommen für den Zeitraum 1986 bis 1990 geschlossen worden, in denen ein kontinuierliches Handelswachstum vorgesehen ist.

Gleichzeitig sollen, wie Außenminister Wu Xueqian betont, mit diesen Ländern enge staatliche Beziehungen auf der Basis der "Fünfprinzipien der friedlichen Koexistenz"

weiterentwickelt werden (XNA, 9.12.85) - von "proletarischem Internationalismus", wie er zwischen "brüderlichen Parteien" eigentlich üblich wäre, ist vorerst also noch nicht die Rede!

Immerhin hat China damit begonnen, Kontakte zu den Parteien der osteuropäischen Länder aufzunehmen, ohne diese Bindungen freilich einstweilen auch schon zu formalisieren.

Das Schwergewicht liegt aber vorerst, wie gesagt, bei den Außenwirtschaftsbeziehungen. Hier gab es in der Tat höchst erfreuliche Entwicklungen. 1985 beispielsweise hatte das Import- und Exportvolumen mit allen acht europäischen Ländern gegenüber 1984 um mehr als 70% zugenommen. Für 1986 soll sich diese Tendenz fortsetzen. Zusätzlich wurden Ergänzungs-, Tausch- und Kompensationshandelsabkommen abgeschlossen.

Die osteuropäischen Länder exportieren hauptsächlich Stahlprodukte, Kunstdünger, Chemikalien, Autos, Textilverarbeitungsmaschinen und Kohle-sowie Ölförderungsanlagen nach China und beziehen von dort umgekehrt im wesentlichen Reis, Sojabohnen, Baumwolle, Textilien, Seidenprodukte, Mineralien, Metallwaren, Produkte des Maschinenbaus, der Chemie und der Leichtindustrie sowie Konserven, Schweinefleisch und Obst.

Die Wirtschaftsbeziehungen spielen sich aber nicht nur auf zentraler, sondern auch auf Provinzebene ab. So unterzeichnete beispielsweise Shanghai, die größte Industriestadt Chinas, 1985 eine Reihe von Handelsabkommen mit Jugoslawien, Polen, der CSSR, der DDR und Ungarn. Shanghai exportiert Sportschuhe, Wirk- und Strickwaren, Cordstoff und Hemden in die fünf Länder, von denen es im Gegenzug Anlagen für den Maschinenbau und Textilien aus Kunstfasern erhält. Außerdem veranstalten sowohl die Zentrale als auch die einzelnen Provinzen (allen voran auch hier wieder Shanghai) Messen und Ausstellungen zum Thema Technologieaustausch. Auch Joint Ventures sind im Gespräch, wobei auch die Zusammenarbeit zwischen China und einem oder mehreren osteuropäischen Ländern in einer dritten Region zur Debatte steht.

Der Wirtschaftsverkehr mit Osteuropa entfaltet sich deshalb so reibungslos, weil viele chinesische Waren, die auf den anspruchsvollen westeuropäischen oder nordamerikanischen Märkten nicht abzusetzen sind, in Osteuropa ohne Schwierigkeit Absatz finden. Man kann sagen, daß fast alle chinesischen Exportprodukte in Osteuropa Man-

gelware sind. Ferner erfolgen die Geschäfte nicht auf Bezahlungs-, sondern auf Verrechnungsbasis, so daß kostbare Devisen gespart werden.

Das Volumen des Handels mit Osteuropa läßt sich durch Vergleiche mit anderen Handelspartnern verdeutlichen: 1985 beispielsweise betrug das Handelsvolumen zwischen China und den USA, zwischen China und der EG sowie zwischen China und Japan jeweils 6 Mrd. US\$, dasjenige mit den Ländern Osteuropas 2,6 Mrd. und dasjenige mit der Sowjetunion 1,9 Mrd. US\$ (zum Handel mit Osteuropa: XNA, 26.12.85).

Anfang 1986 eröffnete die Volksrepublik in einem Ostblockstaat ihr erstes Konsulat, nämlich in der rumänischen Hafenstadt Constanza.

Anläßlich eines Sechs-Länder-Besuchs Mitte 1986, der u.a. nach Griechenland, Spanien, der Türkei und Tunesien führte, besuchte der chinesische Ministerpräsident auch zwei Ostblockländer, nämlich Jugoslawien und Rumänien. Diesen sechs Ländern sei gemeinsam gewesen, daß sie noch "relativ klein" und daß ihre Industrie und Technologie noch nicht durchentwickelt sei - dies kann man allerdings ganz gewiß nicht bei einem Land wie der DDR behaupten!

Was China heute an den Ostblockländern so positiv findet, ist ihr Bemühen um "Frieden und größere Anstrengungen für die internationale Entspannung" (XNA, 26.12.85). Die osteuropäischen Länder - "Opfer von zwei Weltkriegen" - bräuchten eine friedliche internationale Umgebung, um sich wirtschaftlich besser entwickeln zu können. Ganz in diesem Sinne hätten diese Länder inzwischen auch einen Ost-West-Dialog mit Ländern Westeuropas entwickelt - nicht zuletzt aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. U.a. hätten die beiden deutschen Staaten ihre Kontakte verbessert, und auch die anderen osteuropäischen Staaten seien mit Großbritannien und Frankreich ins Gespräch gekommen.

China teile diese Interessenlage und zeige sich nicht zuletzt auch von den Bemühungen der osteuropäischen Staaten um die Einleitung wirtschaftlicher Reformen beeindruckt (XNA, 15.11.85). Ungarn habe in der Zwischenzeit mit seinem Modell überall Nachdenklichkeit ausgelöst. Polen habe sogar eine Sonderkommission für Wirtschaftsreformen eingerichtet. In Bulgarien gebe es seit 1978 ein Vertragssystem in der Landwirtschaft. Seit 1981 experimentiere Rumänien mit Preisreformen und habe seit 1985

eine Politik der Betriebsautonomie beschlossen. Die CSSR bemühe sich um organisatorische und Lohnreformen und um eine verstärkte Berücksichtigung des Wertgesetzes bei der zentralen Wirtschaftsplanung. Die DDR experimentiere mit einer Kombination von wissenschaftlicher Forschung, Produktion und Vermarktung innerhalb der Industriekomplexe (XNA, 15.11.85). Hier entdeckt China inzwischen viele Gemeinsamkeiten.

Leider muß China andererseits zur Kenntnis nehmen, daß der Warschauer Pakt einstweilen wie ein Fels in der Brandung stehenbleibt. Erst am 26. April 1985 war in Warschau ein Protokoll über die Verlängerung des Warschauer Pakts um 20 Jahre unterzeichnet worden. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit beschlossen, den Vertrag auch i. J. 2005 um weitere 10 Jahre zu verlängern, falls von den Unterzeichnern keine Einwände erhoben würden. Aus chinesischer Sicht ist der Warschauer Pakt ein Friedensgefährdungsfaktor. Beijing rechnete es den Albanern hoch an, als sie 1968 aus dem Pakt austraten, nachdem Pakt-Truppen die CSSR okkupiert hatten. Ferner ist der Pakt ein Instrument der UdSSR, die von Anfang an die führenden Posten im Gemeinsamen Generalstab und im Vereinten Oberkommando besetzt halten. Des weiteren hält Moskau auf der Legitimationsgrundlage des Pakts derzeit in der DDR, Polen, der CSSR und Ungarn rd. 400.000 Soldaten stationiert. Immerhin hält man es chinesischerseits dem Pakt zugute, daß er auf seiner Gipfelkonferenz im Juni 1986 der NATO einen gegenseitigen Truppenabbau vorgeschlagen hat. -we-

#### INNENPOLITIK

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(3)

#### 17. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK

Die 17. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK fand vom 27. August bis zum 5. September 1986 statt. Das Ständige Parlamentsorgan verabschiedete folgende Gesetzesvorlagen:

- Verordnung über die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (Text in: RMRB, 6.9.86). Die neue Verordnung wird am 1. Januar 1987 in Kraft treten und die alte Verordnung vom 22. Oktober 1957 ersetzen.
- Verordnung über diplomatische Privilegien und Immunität (Text in: RMRB, 7.9.86).

Das Konkursgesetz wurde aufgrund von erheblichen Meinungsverschiedenheiten nicht verabschiedet.

Darüber hinaus genehmigte der Ständige NVK-Ausschuß zwei Konsularabkommen mit Ungarn und mit der DDR. Schließlich beschloß das höchste Parlamentsgremium, daß die Abgeordneten für die nächste Legislaturperiode der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene bis Ende 1987 gewählt werden sollen. (RMRB, 6.9.86) -sch-

\*(4)

#### 6. Plenartagung des XII. Zentralkomitees

Das XII. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas trat am 28. September 1986 zu seiner 6. Plenartagung zusammen. Das ZK verabschiedete einen umfangreichen "Beschuß über die Leitprinzipien für den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation" (RMRB, 29.9.86; in deutscher Übersetzung in: BRU, 7.10.86) und einen Beschuß über die Einberufung des XIII. Parteitags im Oktober 1987 (RMRB, 29.9.86). Darüber hinaus beschloß das ZK, daß für das Ende Juli verstorbene ZK-Mitglied Deng Jiaxian die bisherige ZK-Kandidatin Frau Yin Changmin als Vollmitglied ins Zentralkomitee nachrückt.

An der 6. Plenartagung nahmen 199 von 209 ZK-Mitgliedern und 126 von 133 ZK-Kandidaten teil. Darüber hinaus wohnten der Tagung 161 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission, 122 Mitglieder der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und 25 weitere Führungskader bei. Den Vorsitz führten die fünf Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros Hu Yaobang, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Li Xian-nian und Chen Yun (in offizieller Rangfolge).

Wie üblich fand vor der ZK-Plenartagung eine inoffizielle Vorbereitungskonferenz statt. Diese ZK-Arbeitstagung nahm fünf Tage in Anspruch, um die Beschlüsse der ZK-Plenartagung vorzubereiten. Dem offiziellen Tagungskommunique zufolge verliefen die Diskussionen "in einer demokratischen, von Einheit geprägten und lebhaften Atmosphäre" - ein Hinweis, daß der Beschuß über die sozialistische geistige Zivilisation heftig umstritten gewesen sein könnte. Interessanterweise wurden beide offiziellen ZK-Beschlüsse nicht einstimmig verabschiedet - zumindest fehlt im Kommunique der ansonsten bisher übliche Hinweis auf Einstimmigkeit.

Der Beschuß über die sozialistische geistige Zivilisation ist ein typisches Kompromißprodukt, in dem sowohl Reformen und aufgeklärte Marxisten als auch Reformgegner und orthodoxe Marxisten-Leninisten Formulierungen eingebracht haben, auf die sie sich in